



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

manchmal denke ich: Was kommt jetzt noch? Denn der Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel hat die Welt überrascht. Keine Frage, es gab immer wieder Spannungen und Konflikte seit der Staatsgründung Israels. Aber der Angriff der Hamas mit so vielen zivilen Todesopfern und der hohen Anzahl an Geiselnahmen in einer Nacht hat mich schockiert. Als Mensch geht mir das Leid sowohl in Israel als auch der palästinensischen Bevölkerung nah, als Politikerin habe ich sofort die Folgen im Kopf. Das heißt, eine mögliche Ausweitung des Konfliktes auf andere Staaten, aber auch Auswirkungen auf Deutschland. Ihr wisst, ich bin Wirtschaftspolitikerin, deshalb denke ich an mögliche Effekte auf den deutschen Export sowie auf Öl- oder Gaspreise. Auch in meinem anderen Betreuungsbe- reich, der Sportpolitik, stellt sich die Frage nach der Aufnahme von Athlet:innen in Sportstützpunk- ten und der Austragung von Sportveranstaltungen, die für Israel geplant waren. Gerade als ich diese Zeilen schreibe, erreicht mich die Nachricht, dass Israel Feuerpausen zugestimmt hat. Das ist ein gutes Zeichen, es lässt die Bevölkerung durchatmen und gibt Raum für Verhandlungen. Es besteht Hoffnung! Im Weiteren lest ihr mehr dazu und zu anderen aktuellen Themen.

Nahost-Konflikt

Vor etwa vier Wochen hat die Hamas den schwelenden Konflikt in der Region mit ihrem brutalen Angriff neu entfacht. Dieser Angriff ist mit nichts zu rechtfertigen und natürlich hat Israel das Recht, sich zu verteidigen.

Deutschland hat sich dem Schutz jüdischen Lebens nach dem 2. Weltkrieg verpflichtet. Das gilt für Israel, aber auch für die Menschen, die hier leben. Daher stehen wir an der Seite Israels. Aber diese Unterstützung kann nicht bedingungslos sein. Das Vorgehen Israels in Gaza muss im Rahmen des Völkerrechts sein und auch verhältnismäßig. Wir sind dazu mit Israel im engen Austausch.

Der Angriff der Hamas hat schreckliche Konsequenzen für die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza. Die humanitäre Lage vor Ort ist katastrophal und es ist zu befürchten, dass das dortige Leid weiter wachsen wird. Auch dafür trägt die Hamas mit ihrem Angriff die Verantwortung. Im Krieg

gegen Israel benutzt die Hamas die palästinensische Zivilbevölkerung bewusst als Schutzschild und nimmt somit ihr Leid in Kauf – auch indem sie ihre Infrastruktur an zivile Einrichtungen koppelt.

Die humanitäre Hilfe werden wir daher selbstverständlich fortsetzen und stellen zusätzliche Gelder für Soforthilfen bereit. Auch die EU hat ihre Hilfen ausgeweitet. Zudem setzen wir uns für humanitäre Feuerpausen ein, damit die Bevölkerung versorgt werden kann. Zeitgleich ist die Bundesregierung mit verschiedenen Akteuren im Gespräch, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Die Bemühungen für eine langfristige Lösung des Konflikts werden ebenfalls fortgeführt. Unser Ziel bleibt: Frieden für die Region!

Einigung bei Migrationspolitik

Im Rahmen des von unserem Kanzler Olaf Scholz vorgeschlagenen Deutschlandpaktes haben sich Bund und Länder nun auf wichtige Punkte bei der Migrationspolitik geeinigt. Hinsichtlich der Übernahme der Flüchtlingskosten wird der Bund den Kommunen pro Asylverfahren eine Pauschale zahlen. Vorher gab es einen Festbetrag unabhängig von der Anzahl der Asylbewerber. Die Neuregelung entlastet die Kommunen. Des Weiteren soll es eine Bezahlkarte als Ersatz für Bargeld geben. Dies war eine Forderung der Länder, um geringere Anreize für Zuwanderung zu setzen.

Außerdem sollen Behörden und Gerichte Asylverfahren in Deutschland künftig deutlich schneller bearbeiten. Die Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge soll binnen sechs Monaten vorliegen, ein Gerichtsverfahren in erster Instanz soll ebenfalls nach sechs Monaten abgeschlossen sein. Die Bundesregierung lässt zudem prüfen, ob Asylverfahren außerhalb Europas möglich sind.

Darüber hinaus wurde beschlossen, dass Geflüchtete leichter und eher in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden sollen. Der Bedarf an Arbeitskräften ist groß, daher ist es nicht sinnvoll, dass die Menschen 9 Monate oder länger ohne Beschäftigung sind – zumal das auch nicht die Integration fördert. Unser Arbeitsminister Hubertus Heil hat daher den „Integrationssturbo“ gestartet. Ein Sonderbeauftragter wurde eingesetzt, um Geflüchtete schneller in Arbeit zu bringen. Rund 400.000 Personen haben oder werden in den nächsten Monaten die Integrationskurse beenden. Nun gilt es, diese Menschen zügig in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Mehr Transparenz und Qualität in Krankenhäusern

Mit dem Krankenhaus-Transparenzgesetz wird es ab dem kommenden Jahr ein Online-Infoportal geben, in dem Patient:innen alle verfügbaren Krankenhausdaten einsehen können. Hier erfährt man beispielsweise, wie oft bestimmte Eingriffe vorgenommen werden und wie viele Fachärzt:innen oder Pflegenden in der Klinik arbeiten. Viele dieser Daten gibt es schon jetzt, aber sie sind für Patient:innen nur schwer einzusehen.

Mit dem Info-Portal packen wir den ersten Teil der Krankenhausreform an, die derzeit vorbereitet wird. In einem zweiten Schritt strukturieren wir das Krankenhauswesen neu. Unser Ziel ist dabei, die Qualität der Behandlungen zu verbessern und sicherzustellen, dass Kliniken nur das anbieten,

was sie am besten können. Dazu werden gemeinsam mit den Ländern Leistungsgruppen definiert und die Länder entscheiden, welches Krankenhaus was anbieten soll.

Zudem nehmen wir den Krankenhäusern den wirtschaftlichen Druck, weil wir das Vergütungssystem umbauen. Die sogenannten Fallpauschalen schaffen wir ab. Damit wurde pro Patient und Behandlung abgerechnet. Stattdessen erhalten Kliniken in Zukunft Vorhaltepauschalen für die Leistungen, die sie anbieten. So steht Qualität und nicht Quantität im Vordergrund.

Apropos Krankenhäuser: Das Klinikum Dortmund, das Hüttenhospital, das Klinikum Westfalen sowie die Krankenhäuser der Katholischen St. Paulus Gesellschaft können insgesamt 38,9 Millionen Euro in die Digitalisierung ihrer Häuser investieren. Das Geld kommt zum großen Teil vom Bund. Damit kann die medizinische Versorgung verbessert und Mitarbeiter:innen entlastet werden.

Verkehr wird zuverlässiger, sicherer und klimafreundlicher

Als Koalition investieren wir massiv in die Verkehrsinfrastruktur. Einen Schwerpunkt legen wir auf die Bahn, damit der Verkehr klimafreundlicher wird: Bis zu 45 Milliarden Euro gibt es zusätzlich, um das Schienennetz zu modernisieren und auszubauen. Zur Finanzierung führen wir eine Klimakomponente bei der LKW-Maut ein und weiten diese auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen aus. Ausgenommen sind Handwerker, Schausteller und landwirtschaftliche Transporte. Mit der Ausweitung der Maut vollziehen wir eine Wende: Die Straße finanziert die Schiene mit.

Zudem beschleunigen wir wichtige Verkehrsprojekte, damit der Verkehr zuverlässiger wird. Genehmigungsverfahren werden schneller – um die Schieneninfrastruktur zügiger auszubauen, die dringend benötigte Sanierung von Brücken anzugehen, Stauengpässe bei Autobahnen zu beseitigen und die Schnellladeinfrastruktur zügig auszubauen.

Attraktivere Pflegeausbildung

Um Pflegeberufe attraktiver zu machen, erhalten alle, die ein Duales Studium in der Pflege absolvieren, künftig die gleiche Vergütung wie in einer Ausbildung. Außerdem dürfen studierte Pflegekräfte bei Demenz- und Diabetes-Kranken sowie in der Wundversorgung Tätigkeiten übernehmen, die bislang nur Ärzt:innen durchführen durften. So werten wir den Pflegeberuf auf und entlasten Ärzt:innen. Abschlüsse von ausländischen Fachkräften sollen leichter anerkannt werden, damit sie hier eine Beschäftigung finden.

Diese Schritte sind nötig, weil wir in einer älter werdenden Gesellschaft mehr junge Menschen brauchen, die uns pflegen.

Kontrollierter Umgang mit Cannabis

Wir gehen bei Cannabis einen neuen Weg: den privaten Eigenanbau durch Erwachsene zum Eigenkonsum sowie den gemeinschaftlichen, nicht gewerblichen Eigenanbau in Anbauvereinigungen, werden wir ermöglichen.

Hintergrund ist, dass Verbote und Kriminalisierung den Cannabiskonsum nicht verringert haben. Zudem kann die Droge vom Schwarzmarkt schwer gesundheitsschädlich sein. Durch den staatlich kontrollierten Anbau in sogenannten Cannabis-Clubs sollen die Gesundheitsrisiken gesenkt und der Schwarzmarkt bekämpft werden.

Darüber hinaus investieren wir in Aufklärung und Prävention vor allem für junge Menschen, um den Konsum effektiver zu verhindern. Eine Abgabe von Cannabis an unter 18-Jährige bleibt untersagt.

Diesem Gesetz stehe ich etwas skeptisch gegenüber, aber manche Dinge muss man auch ausprobieren. Der bisherige Weg hat nicht funktioniert.

Mehr Transparenz bei politischer Interessenvertretung

Lobbyismus als Vertretung von Interessen gegenüber der Politik gehört zur Demokratie dazu. Aber er muss transparent sein. In der letzten Wahlperiode haben wir das Lobbyregister eingeführt. Darin werden alle erfasst, die Kontakt mit dem Bundestag oder mit der Bundesregierung aufnehmen. Sie müssen angeben, in wessen Auftrag sie agieren und um welche Themen es ihnen geht.

Seit der Einführung haben sich in der Praxis Lücken gezeigt, die wir nun schließen. Künftig muss angegeben werden, auf welches konkrete Gesetzgebungsvorhaben sie Einfluss nehmen wollen und was ihre Kernforderungen sind. Außerdem müssen alle Angaben zur Finanzierung ihrer Tätigkeit machen. So ist leichter ersichtlich, ob und wer hinter einem Auftrag steckt. Offengelegt wird auch, wer als Mandats- oder Amtsträger:in zu Lobbytätigkeiten wechselt.

Die nächste Woche ist eine weitere Sitzungswoche in Berlin. Es gibt bis Weihnachten noch Vieles zu beraten und abzustimmen, damit es den Bürger:innen in 2024 zugutekommt. Danach bin ich wie immer in Dortmund unterwegs und ansprechbar, z.B. beim Werkhof in Scharnhorst, in Eving beim Bericht aus Berlin, in Hörde zur Bürgersprechstunde, in Wickede zur Eröffnung des Weihnachtsmarktes. An einigen „Heimattagen“ heißt es für mich aber auch „Auswärtsspiel“, denn die Sporthochschule Köln lädt mich zu ihrer Klausur ein und die Verbandsversammlung des Deutschen Olympischen Sportbunds in Frankfurt ruft. Spannend wird bestimmt auch die Sitzung des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts in Dortmund. Seit diesem Jahr bin ich als Wirtschaftspolitikerin Teil des Kuratoriums. Ihr seht, bei mir kommt keine Langeweile auf und ich freue mich immer auf den Austausch.

Bis bald!

Eure

Sabine